



## Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 9  
am 25.01.2013

**Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr**

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Anerkennung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift 179-09-2012 vom 14.12.2012
- 4 179/ 22/2013 Antrag: Altes Benrather Krankenhaus, Hospitalstraße  
- FDP - Fraktion -
- 5 179/ 16/2013 Anfrage: Grundstück Hospitalstraße, Altes Benrather Krankenhaus  
- SPD-Fraktion -
- 6 Methadon-Substitution - Sachvortrag -
- 7 179/ 21/2013 Anfrage: Methadonvergabe am Standort Benrath  
- Herr Yimbou, Die Linke -
- 8 Bericht der Amtsleiterin des Amtes für Gebäudemanagement
- 9 179/ 4/2013 Anfrage: Sanierungsbedarf der Schwimmbäder  
- FDP - Fraktion -
- 10 179/ 6/2013 Anfrage: Kindersprechstunde  
- Herr Yimbou, Die Linke -
- 11 179/ 15/2013 Anfrage: 725 Jahres-Feier der Stadt Düsseldorf  
- SPD-Fraktion -
- 12 179/ 17/2013 Anfrage: Wunschliste "Einbahnstraßen, Radfahrer frei"  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 13 179/ 18/2013 Anfrage: Benrather Schlossallee / Sophienstraße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 14 179/ 24/2013 Anfrage: Sanierung der Straße Am Broichgraben in Itter  
- Herr Hampe, CDU -
- 15 179/ 10/2013 Antrag: Lärminderung auf der A59 (Benrath Ost)  
- Herr Yimbou; Die Linke -
- 16 179/ 7/2013 Antrag: Beleuchtung am Zugang zur Haltestelle Paulsmühlenstr.  
- Herr Welski, Bü90/Die Grünen -
- 17 179/ 12/2013 Antrag: Fahrbahnmarkierungen Werstener Kreuz  
- Herr Blumenrath, Herr Ringleb; CDU -
- 18 179/ 13/2013 Antrag: Kölner Landstraße - Durchfahrtsverbot für Lkw über 7,5 t  
- Herr Blumenrath, Herr Ringleb; CDU -

- 19 179/ 14/2013 Antrag: Kreuzung Münchener Str. / Ickerswarder Str.  
- Herr Blumenrath / Herr Ringleb; CDU -
- 20 179/ 23/2013 Antrag: Aufstellung eines Pissoirs in Holthausen zur kosten-  
losen Nutzung  
- Herr Reichert, FW -
- 21 179/ 1/2013 Antrag: Verfügungsmittel Selma Lagerlöf Schule; Zirkuspro-  
jekt  
- interfraktionell -
- 22 179/ 3/2013 Antrag: Verfügungsmittel Förderkreis der Henri-Dunant-  
Gemeinschaftsgrundschule e.V., "Die große Nein-Tonne"  
- interfraktionell -
- 23 179/ 2/2013 Antrag: Verfügungsmittel Katholische Kirchengemeinde St.  
Antonius und Elisabeth Düsseldorf-Hassels/Reisholz, Auf-  
führung des Oratoriums "Paulus" am 16.11.2013  
- interfraktionell -
- 24 179/ 5/2013 Antrag: Verfügungsmittel Heimatgemeinschaft Groß-  
Benrath e.V.; Sanierung des Textsteins  
- interfraktionell -
- 25 179/ 8/2013 Antrag: Verfügungsmittel Geranien Rathaus Benrath 2013  
- interfraktionell -
- 26 179/ 9/2013 Antrag: Verfügungsmittel Repräsentation 2013  
- interfraktionell -
- 27 179/ 11/2013 Antrag: Verfügungsmittel Neue Düsseldorfer Hofmusik;  
4. Internationale Sommerakademie  
- interfraktionell -
- 28 179/ 19/2013 Antrag: Verfügungsmittel Michael Pape; Kneipentour  
- interfraktionell -
- 29 179/ 20/2013 Antrag: Verfügungsmittel LZSA Leistungszentrum Sportak-  
robatik Düsseldorf e.V.; Trampolin  
- interfraktionell -
- 30 179/ 25/2013 Bauvoranfrage Am Wald 113,115,117,119, Hoxbachstr.  
22,24,26,28, Forststr. 77,79,81 - Errichtung von 7 Mehrfa-  
milienhäusern mit 2 Tiefgaragen und einer 3-gruppigen  
Kindertagesstätte

Anwesend:

**Mitglieder der Bezirksvertretung**

Herr	Angerhausen	CDU
Herr	Blumenrath	CDU
Frau	Brockhaus	CDU
Frau	Geller	CDU
Herr	Gelshorn	SPD
Herr	Dr. Graf	CDU
Herr	Gronemeier	FDP
Herr	Hampe	CDU
Herr	Reichert	Freie Wähler
Herr	Retza	SPD
Herr	Ringleb	CDU

Herr	Schardt	Bü 90/ Grüne
Herr	Schmidt	SPD
Herr	Dr. Schork	FDP
Herr	Schuth	CDU
Frau	Verhofen	CDU
Frau	Wegner	SPD
Herr	Welski	Bü 90/ Grüne
Ratsherr	Yimbou	DIE LINKE

#### **vom Rat**

Ratsfrau	Bellstedt	Bü 90/ Grüne
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsherr	Kurth	CDU
Ratsherr	Lukaschewski	CDU
Ratsfrau	Mohrs	SPD
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Nicolin	FDP
Ratsherr	Strauß	SPD
Ratsfrau	Wien-Mroß	SPD

#### **Verwaltung**

Herr	Prof. Dr. Meyer-Falcke	Beigeordneter für Personal, Organisation, IT und Gesundheit
Herr	Dr. Göbels	Leiter des Gesundheitsamtes
Frau	Kerler	Leiterin des Amtes für Gebäudemanagement
Herr	Buschhausen	Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration
Herr	Pfaff	Bauaufsichtsamt
Herr	Mehner	Leiter Bezirksverwaltungsstelle 9
Herr	Wirtz	Bezirksverwaltungsstelle 9

#### **Sonstige Teilnehmer**

Frau	Hoppe-Treutner	Seniorenbeirat
Herr	Tischendorf	Jugendrat
Herr	Fischer	Behindertenbeirat

#### **Presse**

Frau	Everts	Westdeutsche Zeitung
Frau	Röhrig	Rheinische Post
Herr	Kämmerer	Wochenpost

#### **Öffentlicher Teil**

##### **1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Bezirksvorsteher Schuth** begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 2 Anerkennung der Tagesordnung

**Herr Mehner** bittet, die Tischvorlage „Bauvoranfrage Am Wald 113, 115, 117, 119, Hoxbachstr. 22, 24, 26, 28, Forststr. 77, 79, 81 – Errichtung von 7 Mehrfamilienhäusern mit 2 Tiefgaragen und einer 3-gruppigen Kindertagesstätte nach TOP 8 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Anfrage TOP 10 könne erst zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

Hinsichtlich der Anfrage TOP 11 führt **Herr Mehner** aus, dass der Oberbürgermeister beabsichtige, Ende Januar eine Pressekonferenz zur 725-Jahres-Feier der Stadt zu geben.

In diesem Rahmen werde der Oberbürgermeister auch darauf eingehen, wie die einzelnen Stadtbezirke bzw. Bezirksvertretungen bei den Feierlichkeiten einbezogen würden.

Aus den genannten Gründen sollten daher die Planungen nicht vorzeitig öffentlich werden.

Eine Mitarbeiterin aus dem Büro des Oberbürgermeisters sei jedoch gerne bereit, in der nächsten Sitzung am 01.03.2013 über die Planungen zu berichten. Alternativ würde sie auch zu einem früheren Zeitpunkt in die Vorbesprechung am 14.02.2013 kommen.

**Herr Retza** bezeichnet es als dreist, dass die Anfrage nicht in der heutigen Sitzung beantwortet werde. Hier fehle es doch an dem notwendigen Respekt gegenüber der Bezirksvertretung.

**Herr Mehner** weist darauf hin, dass es zum guten Stil gehöre, nicht bereits vor einer geplanten Pressekonferenz in die Öffentlichkeit zu gehen. Er bittet deshalb um Verständnis.

**Herr Dr. Schork** ist der Ansicht, dass eine Unterrichtung der Bezirksvertretung in der Sitzung am 01.03.2013 zu spät sei, da sicherlich schon bald die ersten Veranstaltungen stattfänden.

**Herr Angerhausen** ist gleichfalls der Ansicht, dass die Bezirksvertretung ein Recht habe, vor der Öffentlichkeit informiert zu werden. Er wolle der Verwaltung jedoch keine böse Absicht unterstellen. Er vermute eher, dass die Planungen noch nicht abgeschlossen seien. Er erwarte daher eine Vorstellung der Planungen am 01.03.2013.

**Herr Retza** erklärt, er halte es für einen schlechten Stil, dass die Bezirksvertretung mal wieder aus der Presse über Planungen erfahren müsse. Aktuelles Beispiel sei die Entwicklung um das ehemalige Benrather Krankenhaus.

Die Bezirksvertretung einigt sich darauf, dass eine Vorstellung der Planungen in der Vorbesprechung am 14.02.2013 erfolgt.

Die Bezirksvertretung 9 erkennt die Tagesordnung mit den vorstehenden Änderungen an.

**3 Genehmigung der Niederschrift 179-09-2012 vom 14.12.2012**

Die Bezirksvertretung 9 genehmigt bei einer Enthaltung (FW) die Niederschrift 179-09-2012 vom 14.12.2012.

**4 Antrag: Altes Benrather Krankenhaus, Hospitalstraße  
- FDP - Fraktion -  
179/ 22/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Verwaltung wird gebeten, einen ausführlichen Sachstandsbericht über die künftige Nutzung des alten Benrather Krankenhauses (kurz-, mittel- und langfristig) zu erstatten und hierbei insbesondere mitzuteilen, ob eine mittelfristige Unterbringung von Asylbewerbern geplant ist.**

Zu dem Antrag wird unter TOP 5 Stellung bezogen.

**5 Anfrage: Grundstück Hospitalstraße, Altes Benrather Krankenhaus  
- SPD-Fraktion -  
179/ 16/2013**

1. Was plant die Stadt als Eigentümerin mittel- und langfristig mit diesem Gelände?
2. Welche städtischen Einrichtungen und Dienste verbleiben für welchen Zeitraum auf dem Gelände, ist an eine komplette Räumung gedacht bzw. sollen Dienststellen wie die Methadonambulanz verlagert werden?
3. Ist ein Verkauf oder eine Übertragung von Gebäuden, des Grundstücks oder möglicherweise Teilen des Grundstücks angedacht?

**Frau Kerler** beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 3:

Grundsätzlich wird mittel- und langfristig eine Veräußerung des Gebäudes angestrebt.

Zu Frage 2:

Auf dem Grundstück Hospitalstraße 1 sind derzeit folgende Organisationseinhei-

ten des Gesundheitsamtes untergebracht:

- Kariesprophylaxe mit Mundhygienezentrum (Hauptgebäude)
- Methadonambulanz (Nebengebäude)
- Quarantänestation (Nebengebäude)
- Lager der Kariesprophylaxe (Nebengebäude)

Des Weiteren ist die temporäre Unterbringung von Asylbewerbern (Dauer abhängig vom Bedarf) vorgesehen.

Die darüber hinaus im Hauptgebäude zuletzt vom Gesundheitsamt noch genutzten Büroräume wurden Ende 2012 geräumt. Die Mitarbeiter wurden am Standort Willi-Becker-Allee 6-8 untergebracht.

Im Hinblick auf die angestrebte Veräußerung des Grundstücks wird grundsätzlich eine komplette Räumung der Gebäude erforderlich. Die Verlagerung der Organisationseinheiten erfolgt, sobald die organisatorischen Voraussetzungen hierfür geschaffen wurden und ein geeigneter Standort gefunden wurde.

**Herr Buschhausen** berichtet, dass das Erdgeschoss des ehemaligen Krankenhauses an der Hospitalstraße für die vorübergehende Unterbringung von 20-30 Asylbewerbern hergerichtet sei. Eine konkrete Anzahl könne noch nicht genannt werden, da diese von der Größe der unterzubringenden Familien abhängig sei. Aktuell seien 809 Asylbewerber in Düsseldorf untergebracht. Mit insgesamt bis zu 1.000 Personen müsse gerechnet werden. Probleme seien bisher nicht bekannt geworden. Die Anzahl der Asylsuchenden habe sich gegenüber dem Jahr 2007 vervierfacht.

Zuständig für die Organisation der Unterbringung und für die Betreuung, setzt **Herr Buschhausen** fort, sei das Amt für soziale Sicherheit und Integration. Für die Frage, wo die Asylsuchenden untergebracht würden, sei das Baudezernat zuständig.

Die übliche Aufenthaltsdauer liege nicht im Einflussbereich der Stadt, sondern beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Verteilung auf die Kommunen erfolge nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel.

**Herr Angerhausen** bezeichnet es als unverschämt, dass die Bezirksvertretung erst aus der Presse über die beabsichtigte Unterbringung von Asylbewerbern erfahren musste. Eine frühere Unterrichtung wäre sicherlich möglich gewesen.

**Herr Angerhausen** verweist darauf, dass die Bezirksvertretung in der Vergangenheit mehrfach Vorschläge unterbreitet habe, wie die Immobilie genutzt werden könne. Die Vorschläge seien immer mit dem Verweis auf die dortigen Einrichtungen (Gesundheitsamt bis 31.12.2012, Quarantäne-Station, Methadon-Ambulanz) zurückgewiesen worden. Daher habe er folgende Fragen:

- a) Gibt es neue gesetzliche Bestimmungen, weswegen die Quarantäne-Station in Benrath aufgegeben wird?
- b) Wird die Methadon-Ambulanz wieder geöffnet?
- c) Wie viele Asylbewerber sollen insgesamt an der Hospitalstraße untergebracht werden?
- d) Wie steht es um den Brandschutz und Schimmelbildung im ehemaligen Benrather Krankenhaus?

**Herr Retza** stellt klar, dass Benrath einen Beitrag zur Unterbringung der Flüchtlinge leisten müsse. Klar sei jedoch genauso, dass das ehemalige Krankenhaus zukünftig einer anderen Nutzung zugeführt werden müsse.

**Herr Reichert** fragt, wie viele Personen im ehemaligen Krankenhaus untergebracht werden sollen und in welche Kindertagesstätten bzw. Schulen die Kinder gehen sollen.

**Ratsherr Hartnigk** erkundigt sich, ob angesichts der aktuellen Ereignisse mit einer weiteren Flüchtlingswelle zu rechnen sei.

**Ratsherr Strauß** erinnert daran, dass es schon größere Flüchtlingswellen gegeben habe. Im Weiteren kritisiert er die Informationspolitik der Stadt. Wenn die Öffentlichkeit früher unterrichtet worden wäre und der Entscheidungsprozess transparent gewesen wäre, hätte man mehr Akzeptanz in der Benrather Bevölkerung für eine vorübergehende Unterbringung finden können. Ein weiteres Problem stelle der Betreuungsschlüssel dar. Zurzeit würden sich 3 Sozialarbeiter um über 800 Asylbewerber kümmern. Dieser Schlüssel müsse kurzfristig erhöht werden.

**Herr Dr. Schork** kritisiert, dass es sich die Verwaltung bei der Prüfung der Vorschläge für eine zukünftige Nutzung des Grundstücks an der Hospitalstraße mit dem Hinweis auf die vorhandene Quarantäne-Station immer sehr einfach gemacht habe. Hinsichtlich der Unterbringung der Asylsuchenden möchte er wissen, welche Alternativstandorte geprüft worden seien. Denkbar wäre z.B. eine Unterbringung in den leer stehenden Gebäuden des Carborundum-Werkes. Weiterhin führt **Herr Dr. Schork** aus, dass es sicherlich ein Grundrecht der Asylbewerber sei, eine Unterkunft zu erhalten. Es stelle sich jedoch bei 49 Stadtteilen die Frage, warum so viele in Benrath untergebracht werden sollen und nach welchen Kriterien die Verteilung erfolge.

**Frau Kerler** erklärt, dass das Amt für Gebäudemanagement unter ausschließlichen neutralen Gesichtspunkten das gesamte Stadtgebiet auf geeignete Gebäude hin überprüft habe. Hierbei sei sowohl auf dem freien Immobilienmarkt gesucht worden als auch der städtische Immobilienbestand geprüft worden. Da es bei den städtischen Gebäuden nur eine geringe Leerstandsquote gebe, sei die Entscheidung relativ schnell kurz vor Weihnachten zugunsten des ehemaligen Benrather Krankenhauses gefallen, denn dieses Gebäude erfülle weitestgehend die Anforderungen zur Unterbringung von Asylsuchenden. Hierüber sei die Bezirksvertretung Anfang Januar in Kenntnis gesetzt worden. So lange keine konkrete Entscheidung gefallen war, sei eine Unterrichtung der Bezirksvertretung nicht sinnvoll gewesen.

**Frau Kerler** setzt fort, dass in Benrath neben dem Gebäude an der Hospitalstraße kein weiteres geprüft worden sei. Die Suche nach geeigneten Immobilien werde jedoch im gesamten Stadtgebiet fortgesetzt. In der Regel würden Verwaltungsgebäude jedoch die strengen Brandschutzaufgaben und Hygieneanforderungen in weiten Teilen nicht erfüllen, so dass eine sehr kostenaufwändige Nachrüstung erforderlich wäre. Beim ehemaligen Benrather Krankenhaus seien dagegen 90 % der Voraussetzungen erfüllt gewesen. Für die erforderlichen Toiletten und Duschen sind Container aufgestellt.

Im ehemaligen Benrather Krankenhaus gebe es keinen Schimmel. Vielmehr seien einige Holzbalken von einem Pilz befallen, der aber nicht gesundheitsgefährdend sei. Trotzdem blieben vorsorglich im Gebäude 2-3 Räume geschlossen.

Im Gebäude könnten bis zu 80 Personen untergebracht werden.

**Herr Buschhausen** erklärt nochmals, es müsse damit gerechnet werden, dass

Düsseldorf bis zu 1.000 Asylsuchende zugewiesen bekäme. Die Verteilung auf das Stadtgebiet sei gleichmäßig.

Hinsichtlich der Betreuung der Asylbewerber führt er aus, dass entsprechend einer Vereinbarung mit der Diakonie 3 volle Stellen (4-4,5 Mitarbeiter) für die Betreuung der Asylsuchenden eingerichtet seien. Es müsse aber berücksichtigt werden, dass diese Sozialarbeiter von zahlreichen anderen Stellen in ihrer Tätigkeit unterstützt würden.

Es sei beabsichtigt, nochmals Gespräche mit der Diakonie zu führen.

Für die Betreuung von schulpflichtigen Asylbewerber-Kindern sei die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) zuständig. Schulen könnten zusätzliche Stellen zur Betreuung von Asylbewerber-Kindern beantragen.

**Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke** bedauert, dass im Rahmen der Nutzung des ehemaligen Benrather Krankenhauses der Eindruck einer schlechten Kommunikation entstanden sei.

Grund für den Auszug des Gesundheitsamtes war, dass die Verwaltung an der Willi-Becker-Allee konzentriert werden solle. Die Quarantäne-Station bliebe so lange, bis ein neuer Standort gefunden werde. Zurzeit befinde sich die Verwaltung in guten Gesprächen mit dem Flughafen mit dem Ziel, dort eine Quarantäne-Station zu errichten. Erschwert würde die Position der Stadt jedoch durch vorzeitige Pressemeldungen. Neue gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich der Quarantänevorsorge gebe es nicht.

Die zurzeit im ehemaligen Benrather Krankenhaus untergebrachte Mundhygiene-Station werde nach dem Umbau des Gebäudes Marbacher Straße 41 nach dort umziehen.

Die Methadon-Ambulanz befinde sich im Pavillon neben dem ehemaligen Krankenhaus. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (AGS) werde über Veränderungen bei den Methadon-Ambulanzen gesprochen.

**Herr Welski** wendet sich an Frau Kerler mit der Frage, ob im Stadtbezirk weitere Standorte für die Unterbringung der Asylbewerber untersucht worden seien.

**Frau Kerler** erwidert, dass sie vor Abschluss der Prüfungen hierzu keine Auskunft geben könne.

**Herr Dr. Schork** gibt sich mit der Antwort nicht zufrieden. Er möchte die untersuchten Standorte konkret benannt haben sowie einen Termin genannt bekommen, wann das Grundstück an der Hospitalstraße für eine anderweitige Nutzung zur Verfügung steht.

**Frau Kerler** entgegnet, dass sich bisher nach den erfolgten Prüfungen konkret nur das Gebäude des ehemaligen Benrather Krankenhauses als geeignete Unterbringungsmöglichkeit für Asylbewerber ergeben habe.

In dem Gebäude würde zunächst das Erdgeschoss für die Unterbringung der Asylsuchenden bereit gestellt. Ob die baurechtlichen Voraussetzungen für eine weitere Unterbringung in anderen Etagen gegeben seien bzw. erfüllt werden könnten, werde zurzeit geprüft.

Das städtische Planungsamt sei beauftragt zu prüfen, was mittel- bis langfristig mit dem Grundstück geschehen könne. Auf die Nachfrage, was unter mittel- bis langfristig zu verstehen sei, erklärt **Frau Kerler**, hierunter verstehe sie 2 Monate bis 2 Jahre.



**Ratsherr Strauß** fragt nach, warum die Verwaltung nicht bereits früher Gespräche mit dem Flughafen wegen der Einrichtung einer Quarantäne-Station geführt habe.

Hinsichtlich der Methadon-Ambulanz an der Hospitalstraße erklärt er, dass diese unbedingt wieder geöffnet werden müsse. Nur in den Methadon-Ambulanzen des Gesundheitsamtes gebe es Aufenthaltsräume und es erfolge eine psychosoziale Betreuung. In den Methadon-Praxen gebe es diese Angebote dagegen nicht, was wiederum zu Problemen wie am Kamper Acker führen würde.

**Bezirksvorsteher Schuth** führt aus, dass nach seinen Informationen beabsichtigt sei, die Methadon-Ambulanz in Benrath zu schließen. Er bitte daher um Auskunft, ob dies zutreffe.

**Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke** erklärt, dass bei den Methadon-Ambulanzen Veränderungen vorgenommen werden sollen. Eine entsprechende Verwaltungsvorlage werde in der nächsten Sitzung des AGS beraten.

**Herr Reichert** erkundigt sich, wann die zurzeit geschlossene Methadon-Ambulanz an der Hospitalstraße wieder geöffnet werde. Eine Wiedereröffnung würde sicherlich die Situation in Holthausen ein wenig entspannen.

**Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke** antwortet, die Methadon-Ambulanz in Benrath sei an 120 von 250 möglichen Tagen aus personellen Gründen geschlossen gewesen. Es gebe im Gesundheitsamt nur 2 Ärzte, die die Qualifikation zur Methadonvergabe hätten. Da ein Arzt ausgefallen sei und der zweite in der Ambulanz an der Flurstraße beschäftigt wäre, hätte die Ambulanz in Benrath geschlossen werden müssen. Bezüglich der Wiedereröffnung könne damit keine Aussage getroffen werden.

Zur Frage von Ratsherrn Strauß führt **Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke** aus, dass sich durch glückliche Umstände eine neue Situation beim Flughafen hinsichtlich einer eventuellen Errichtung einer Quarantäne-Station ergeben hätte.

**Ratsfrau Wien-Mroß** weist darauf hin, dass die Betreuung der Patienten in Holthausen nicht so abläuft, wie vom Gesetzgeber vorgegeben.

**Herr Angerhausen** liest einen gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion zur Vermarktung der Immobilie an der Hospitalstraße vor.

**Herr Retza** sieht die konkrete Zeitangabe, mit der die Nutzung der Immobilie als Übergangslösung zur Unterbringung von Asylbewerbern auf 6-8 Monate begrenzt werden soll, als problematisch an.

**Herr Dr. Schork** erklärt, dass die 6-8 Monate einen überschaubaren Zeitraum darstellen würden, der auch den Bürgern vermittelt werden könne.

**Ratsherr Nicolin** betont, dass dieser Antrag gestellt worden sei, weil die Verwaltung bisher weder ein Konzept für die zukünftige Nutzung der Immobilie noch alternative Standorte für die Unterbringung der Asylbewerber geprüft habe.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen (9 CDU, 2 FDP, 1 FW)

7 Enthaltungen (4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 1 Die Linke)

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, bis nach den Osterferien ein Konzept zur Vermarktung der Immobilie „Altes Benrather Krankenhaus“ an der Hospitalstraße zu entwickeln, dieses dem zuständigen Fachausschuss nach vorheriger Anhörung der Bezirksvertretung 9 vorzustellen und parallel dazu nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten (auch im Stadtbezirk 9) für die vorgesehene Einquartierung von Asylbewerbern zu**

**suchen, so dass diese vorgesehene Nutzung als Interimslösung begrenzt wird (nach Möglichkeit auf 6-8 Monate).**

## **6 Methadon-Substitution - Sachvortrag -**

**Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke** referiert über das als Ersatzdroge eingesetzte vollsynthetische Methadon, welches mit dem Ziel eingesetzt werde, vom Heroin zu entwöhnen. Mit der Abgabe von Methadon würde den Heroin-Dealern sowie der Beschaffungskriminalität zu einem gewissen Teil die Grundlage entzogen. Seit dem Jahr 2007, setzt **Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke** fort, würden die Kosten der Substitution von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. Dies habe dazu geführt, dass immer mehr Substitutionsbehandlungen von niedergelassenen Ärzten durchgeführt würden. Da der Versorgungsauftrag bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) liege, würde dort festgelegt, welcher Arzt die Substitutionsbehandlung übernehme. Insofern könne die Stadt hier nicht ohne Weiteres eingreifen. Es sei aber vorgesehen, mit der KV nochmals Gespräche wegen der Situation am Kamper Acker zu führen.

**Herr Retza** fordert, dass unbedingt der verbotene Beikonsum kontrolliert werde. Hier müsse es doch Eingriffsmöglichkeiten geben.

**Bezirksvorsteher Schuth** erinnert daran, dass vor einigen Jahren mit dem damaligen Gesundheitsminister Laumann über dieses Thema persönlich gesprochen worden sei. Sowohl aus dem Gespräch als auch aus der später erfolgten schriftlichen Stellungnahme des Ministeriums habe sich ergeben, dass keine Möglichkeit gesehen werde, die Arztpraxen dahin gehend zu prüfen, wie die Vergabe von Methadon an die Patienten erfolge.

**Herr Reichert** stellt folgende Fragen:

- a) Wie hoch liegt die Erfolgsquote bei der Methadonbehandlung?
- b) Wie lange dauert ein Arztbesuch?
- c) Erfolgt die Methadonvergabe nach Terminvergabe?
- d) Was kostet eine Methadontherapie?

Hinsichtlich des Beikonsums erklärt **Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke**, dass dieser nach Angabe der KV kontrolliert werde. Aber auch hierüber müsse mit der KV gesprochen werden. Die Stadt kann nur die Einhaltung apothekenrechtlicher Bestimmungen prüfen.

Die v.g. Fragen beantwortet er wie folgt:

- zu a) Es liegen keine Zahlen vor.
- zu b) Der Besuch beim Arzt (ohne psychosoziale Betreuung) dauert nur wenige Minuten.
- zu c) Die Vergabe erfolgt in den Sprechstunden.
- zu d) Pro Quartal erhält der behandelnde Arzt 1.500 €.

## **7 Anfrage: Methadonvergabe am Standort Benrath - Herr Yimbou, Die Linke -**

## **179/ 21/2013**

Frage 1):

An wie vielen Tagen war der Standort Benrath im Jahr 2012 geschlossen und wie sehen die Planungen zu diesem Standort aus?

Frage 2):

Wie viele Mitarbeiter/Innen sind für die Methadonvergabe zuständig und welche Gründe führen dazu, dass der Standort nicht täglich geöffnet ist?

Frage 3):

Nachdem die übrigen Teile des Gesundheitsamtes (am Standort Benrath) in diesem Gebäude in Zukunft anderweitig genutzt werden soll, soll man davon ausgehen, dass die Methadonvergabe am Standort Benrath zukünftig geschlossen wird?

**Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke** beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1):

Die Methadonabgabestelle in Benrath war im Jahr 2012 an rund 120 Vergabetagen geschlossen (die Methadonvergabe in Benrath erfolgt jeweils montags bis freitags, an Wochenenden zentral in der Methadonambulanz Flurstraße). Hinsichtlich der Planungen zu diesem Standort wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

zu Frage 2):

Zur Methadonabgabe in Benrath ist wie in den anderen Methadonambulanzen im Stadtgebiet auch die Anwesenheit eines/r Arztes/Ärztin und einer Pflegekraft zwingend erforderlich.

Aus personellen Gründen im ärztlichen Bereich konnte die Anwesenheit eines Arztes im Jahre 2012 nicht an allen Vergabetagen sichergestellt werden. Aus Gründen der Qualifikation kann eine Vertretung nur durch sehr wenige Ärzte des Gesundheitsamtes erfolgen, was zu den erwähnten Engpässen im Jahre 2012 geführt hat.

zu Frage 3):

Ein Vorschlag zur Zukunft der Methadonambulanz am Standort Benrath wird seitens der Verwaltung über die zuständigen politischen Gremien eingebracht.

## **8 Bericht der Amtsleiterin des Amtes für Gebäudemanagement**

**Frau Kerler** berichtet über den Stand der einzelnen Maßnahmen:

a) Trauzimmer

Die Renovierung sei abgeschlossen. Ab Mai 2013 könnten wieder Trauungen stattfinden.

b) Balkon am Sitzungssaal

Ein Dachdecker sei beauftragt. Wenn die Frostperiode vorbei sei, erfolge die Ausführung.

c) Feuchte Kellerwand im Bereich des Heimatarchivs

Die Ursache werde zurzeit noch ermittelt. Sobald diese bekannt sei, erfolge die Beauftragung einer Fachfirma.

d) Halterungen für Blumenkästen am Benrather Rathaus

Die Kostenschätzung liege vor. Die denkmalrechtliche Genehmigung sei in Aussicht gestellt.

e) Mobilitätsbehindertengerechte Toiletten am Benrather Marktplatz

Es seien verschiedene Möglichkeiten, wo und wie behindertengerechte Toiletten errichtet werden können, geprüft worden:

- Im Bereich der katholischen Kirchengemeinde St. Cäcilia sei es nicht möglich.
- Die Aufstellung einer Wall-Toilette sei im Rahmen der Umgestaltung des Benrather Marktplatzes u.a. aus stadtbildgestalterischen Gründen abgelehnt worden.

Darüber hinaus sei der Vertrag mit der Firma Wall bereits ausgeschöpft.

- Die „Nette Toilette“ könne eine kostengünstige Lösung darstellen. Daher führe die Verwaltung zurzeit entsprechende Gespräche.
- Als letzte Möglichkeit bliebe der Umbau der vorhandenen Toilettenanlage.

**Herr Gronemeier** erinnert daran, dass von der Bezirksvertretung der Kauf einer Toilette angeregt worden sei.

**Frau Kerler** erwidert, dass diese Überlegung hinfällig sei, da eine weitere Toilettenanlage auf dem Marktplatz - wie bereits ausgeführt - abgelehnt worden sei.

**Herr Dr. Schork** möchte die konkreten Gründe für die Ablehnung wissen.

**Frau Kerler** erklärt, sie werde diese nachreichen.

f) GS St.Cäcilia-Schule

In den Sommerferien werde die Schalldämmung durchgeführt.

g) Kapelle Hospitalstraße

Die Kosten für die Gesamtanierung würden auf 173.000 € veranschlagt. Hier-von würden 74.500 € für die Sanierung der Fenster benötigt. Der Betrag sei von der Bezirksvertretung aus Bauunterhaltungsmitteln bereit gestellt worden. Ein Fenster sei bereits probeweise saniert worden, die restlichen Fenster würden 2013 folgen. Über den Fortgang der restlichen Sanierungsmaßnahmen (z.B. Dach) werde die Bezirksvertretung Mitte des Jahres unterrichtet.

**Herr Dr. Schork** weist darauf hin, dass die Herrichtung des ehemaligen Benrather Krankenhauses sehr schnell erfolgt sei. Vor Jahren gefasste Beschlüsse der Bezirksvertretung seien dagegen teilweise immer noch nicht umgesetzt. Er frage daher, wie eine schnellere Umsetzung der Beschlüsse erfolgen können.

**Herr Welski** erklärt, es könnte an der personellen Situation liegen.

**Frau Kerler** betont, dass die seit 2006 gefassten Beschlüsse weitest gehend umgesetzt worden seien. Bei den wenigen nicht erledigten Aufträgen lägen in-

haltliche oder fachliche Gründe vor.

**9           Anfrage: Sanierungsbedarf der Schwimmbäder  
- FDP - Fraktion -  
179/ 4/2013**

Frage 1):

Welche Sanierungsmaßnahmen stehen bei den öffentlichen Schwimmbädern in Niederheid und in Benrath an (konkrete und vollständige Angabe des Sanierungsbedarfs in 2013 und mittelfristig in den nächsten 5 Jahren wird erbeten)?

Frage 2):

Wie hoch sind die veranschlagten Kosten für die zu 1. benannten Sanierungsmaßnahmen an beiden Standorten?

Frage 3):

Welche Beeinträchtigungen werden für die Besucher der Schwimmbäder entstehen, wenn die zu 1. benannten Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden?

**Herr Mehner** beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1):

Die Geschäftsführung der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH hat die notwendigen Sanierungsmaßnahmen für alle Bäder aufnehmen lassen. Diese fließen in ein Gesamtkonzept ein.

Für das Jahr 2013 sind nach der mittelfristigen Investitionsplanung schon erste Maßnahmen im Sauna-Bad Niederheid geplant. Erste Vorplanungen zur Sanierung der Heizungsanlagen und zum Einbau eines Blockheizkraftwerks sind beauftragt.

Darüber hinaus besteht für das Saunabad Niederheid und das über 50 Jahre alte Hallenbad Benrath weiterer Sanierungsbedarf. Verschiedene Handlungsempfehlungen werden derzeit veraltungsintern geprüft, so dass hierzu noch keine konkrete Aussage getroffen werden kann.

zu Frage 2) und 3):

Die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen steht in Abhängigkeit der Entscheidungen zu den verschiedenen Handlungsempfehlungen, insofern kann die Höhe des Investitionsbedarfs derzeit noch nicht beziffert werden. Auch ist die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen immer in Abhängigkeit zu den jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln zu betrachten.

Über Handlungsempfehlungen und anstehende Sanierungsmaßnahmen sowie das Maß der Beeinträchtigungen für die Schwimmbadbesucher wird die Bezirksvertretung im Rahmen der Beteiligung der Fachausschüsse informiert werden.

**Herr Dr. Schork** bemängelt, dass keine Frage konkret beantwortet worden sei.

**10      Anfrage: Kindersprechstunde  
- Herr Yimbou, Die Linke -  
179/ 6/2013**

Beantwortung in der Sitzung am 01.03.2013 (siehe TOP 2)

**11      Anfrage: 725 Jahres-Feier der Stadt Düsseldorf  
- SPD-Fraktion -  
179/ 15/2013**

Siehe Top 2

**12      Anfrage: Wunschliste "Einbahnstraßen, Radfahrer frei"  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 17/2013**

Frage 1):

Wann werden die Drängenburger Straße und die Jägerei als bereits geprüfte und geeignete Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung freigegeben?

Frage 2):

Wann werden weitere bereits vor längerer Zeit geprüfte und geeignete Einbahnstraßen laut „Wunschliste“ im Bezirk 9 für den Radverkehr in Gegenrichtung freigegeben?

**Herr Mehner** beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1):

Die Straße „Jägerei“ war erst in der erweiterten Liste des Projekts „Einbahnstraßenöffnung für Radverkehr“ enthalten. Eine Öffnung für Radfahrer erfolgt im Frühjahr.

Eine aus Verkehrssicherheitsgründen erfolgte nochmalige Überprüfung der Drängenburger Straße hat jedoch ergeben, dass sich diese für eine Öffnung für den Radverkehr nicht eignet. Die Fahrbahn weist stellenweise lediglich eine Breite von 2,70 m auf (einschließlich einer zu beiden Seiten mit Großpflaster ausgestalteten Rinne). Daneben grenzen unmittelbar Gebäude an. Begegnungen zwischen Kraftfahrzeugen und Radfahrern könnten zu erheblichen Gefahrsituationen führen, zumal eine Verzögerung der Fahrgeschwindigkeit des

Radfahrers im Bereich der Rinne zwangsläufig zu einer Lenkunsicherheit führt.

Des Weiteren ist das Linksabbiegen des Radverkehrs von der Urdenbacher Dorfstraße aus nördlicher Fahrtrichtung als besonders unfallträchtig zu beurteilen, da der Abbiegevorgang unmittelbar in einer Kurve vor einer unübersichtlichen Kuppe erfolgen würde.

Letztlich ist die Öffnung im Hinblick auf eine flächenhafte Radverkehrsregelung in Urdenbach nicht erforderlich, da eine akzeptable Erreichbarkeit des östlich gelegenen Straßennetzes ohne einen größeren Umweg über die Straße am „Piels Loch“/Baumberger Weg gegeben ist.

zu Frage 2):

Im Rahmen der Netzplanung wurden bereits über 170 Einbahnstraßen für Radfahrer geöffnet. Weitere ca. 400 Einbahnstraßen erfüllen in Düsseldorf grundsätzlich die Anforderungen zur Öffnung für den Fahrradverkehr. Konkret liegt eine Liste mit ca. 150 Einbahnstraßen vor, deren Öffnung von Bürgern oder der Politik vorgeschlagen wurde. Einige davon sind zwischenzeitlich bereits geöffnet. Aus dieser Wunschliste wurden die Straßen der Bezirke 1, 2, 5, 6, 7, und 8 bereits vollständig abgearbeitet. Die Vorschläge aus den Bezirken 3, 4, 9 und 10 sind derzeit noch in der Prüfung und werden sukzessive durchgeführt.

Hinsichtlich der Drängenburger Straße erklärt **Herr Welski**, dass er die Problematik der Einfahrt-Situation nachvollziehen könne. Er bitte jedoch zu prüfen, ob die Drängenburger Straße ab der Gaststätte „Extratour“ in Richtung der Rittersbergstraße für Radfahrer freigegeben werden könne.

**13      Anfrage: Benrather Schlossallee / Sophienstraße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 18/2013**

Frage 1):

Zu welchem Ergebnis hat die durch die Verwaltung zugesagte Prüfung geführt, das widerrechtliche Beparken der Benrather Schlossallee vor den jeweiligen Einmündungen der Sophienstraße durch bauliche Maßnahmen (z.B. Pfosten oder Poller) zu unterbinden, siehe Mitteilung der Verwaltung Nr. 61/2010?

Frage 2:

Wann ist ggf. mit der Installation von z. B. Pfosten zu rechnen?

**Herr Mehner** beantwortet die Anfrage wie folgt:

Pfosten im Straßenraum können ohne weitere bauliche Maßnahmen durch Bordsteine o.ä. nicht befürwortet werden, da Erfahrungswerte zeigen, dass diese ständig angefahren werden und somit neue verkehrsgefährdende Situationen entstehen. Darüber hinaus gibt es solche Einmündungen vielfach im Düsseldorfer Stadtgebiet, so dass es auch finanziell nicht darstellbar wäre, überall so zu

verfahren. Dies gilt ebenso für eine rein bauliche Lösung.

Im fraglichen Einmündungsbereich wurden bereits Haltverbote eingerichtet und zusätzlich jeweils auf der gesamten Länge Zick-Zack-Markierungen aufgebracht. Die Verkehrsüberwachung wurde daher gebeten, ihre Kontrollen in diesem Bereich zu intensivieren.

**14      Anfrage: Sanierung der Straße Am Broichgraben in Itter  
- Herr Hampe, CDU -  
179/ 24/2013**

Frage 1:

Wie sieht aus heutiger Sicht der tatsächliche Zeit- und Finanzierungsplan für die Instandsetzung der Straßenabschnitte Am Broichgraben

- a) Hausnummer 80 bis Straße Am Steinebrück
- b) Itterstraße von Hausnummer 171 bis Straße Am Broichgraben
- c) Am Broichgraben östlich der Itterstraße
- d) Straße Am Steinebrück

aus und könnte dieser ggf. ohne Auswirkungen auf den Finanzierungsplan bezüglich der zeitlichen Reihenfolge geändert werden?

Frage 2:

Ist aus heutiger Sicht für einen oder mehrere der genannten Straßenabschnitte mit einer so aufwändigen Sanierung zu rechnen, dass voraussichtlich auch Anliegerbeiträge zur Finanzierung der Instandsetzungsmaßnahmen erhoben werden müssen und wenn ja, in welcher Höhe (Gesamtkosten und prozentualer Anteil der Anlieger)?

Frage 3:

Sind im Vergleich zur bisher vorliegenden Planung der Instandsetzungsmaßnahmen auch weniger aufwändige Maßnahmen geprüft worden, die zu einer Erfüllung der Unterhaltungspflichten der Landeshauptstadt nach den §§ 9 und 9a, jeweils Absatz 1 und 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) ausreichend wären und im Vergleich zur Beantwortung der Frage 2 nicht zur Erhebung oder ggfs. zu einer geringeren Erhebung von Anliegerbeiträgen führen würden und wenn ja, welche wären dies für welchen Straßenbauabschnitt und warum wurden diese nicht bei der Planung der Instandsetzungsmaßnahmen berücksichtigt?

**Herr Mehner** beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1):

Für den zweit genannten Abschnitt bedarf es der Planung und des Grunderwerbs. Von daher ist frühestens mit einer Realisierung in 2014 zu rechnen. Die erst und dritt genannten Abschnitte sind für eine einfache Instandsetzung der Fahrbahnen im Bestand für 2013 eingeplant. Der verbleibende Abschnitt ist derzeit für 2015 vorgesehen. Die Reihenfolge ist unter technischen und verkehrlichen Gesichtspunkten optimiert worden. Ggf. wird der zweit genannte



mit dem viert genannten Abschnitt in der Abwicklungsfolge getauscht.

zu Fragen 2) und 3):

Es wird grundsätzlich unter den technisch sinnvollen Varianten die wirtschaftlich günstigste ausgesucht. Die Beitragspflicht der aufgeführten Maßnahmen ist abhängig vom jeweiligen Umfang der baulichen Maßnahmen. Diese können in der Planungsphase beitragsrechtlich in der Regel nicht beurteilt werden. Art und Umfang dieser Maßnahmen können erst nach Durchführung und Vorlage der entsprechenden Rechnungsunterlagen ausgewertet und durch das Bauverwaltungsamt beitragsrechtlich beurteilt werden.

**15 Antrag: Lärminderung auf der A59 (Benrath Ost)**  
**- Herr Yimbou; Die Linke -**  
**179/ 10/2013**

**Herr Mehner** weist darauf hin, dass das Thema bereits im Jahre 2008 ausführlich in der Bezirksvertretung behandelt worden sei. Demnach gebe es 3 Möglichkeiten, den Lärm zu reduzieren:

- a) Temporeduzierung - Sie sei von der Bezirksregierung abgelehnt worden.
- b) Lärmschutzwände - Die Lärmrichtwerte würden nicht überschritten, so dass das Land keine Finanzierung übernehmen würde. Die Stadt sehe sich hierzu auch nicht in der Lage.
- c) Lärmoptimierter Straßenbelag - Dieser Belag würde erst bei einer erforderlichen Sanierung der Fahrbahn aufgebracht.

An diesem Sachstand, setzt **Herr Mehner** fort, habe sich nichts geändert. Dies werde offensichtlich dadurch bestätigt, dass eine Anfrage zur Lärminderung an der A59 im Stadtbezirk 10 vom zuständigen Landesbetrieb Straßenbau NRW nicht beantwortet worden sei.

**Ratsherr Yimbou** erklärt, er sehe dringenden Handlungsbedarf, da sich zahlreiche Anwohner aufgrund des Zuwachses beim Pkw- und insbesondere beim Lkw-Verkehr über den stetig ansteigenden Lärm beklagt hätten.

**Herr Angerhausen** vermutet, dass die Antwort der Verwaltung auf den Antrag so lauten wird, wie eben vorgetragen. Er frage daher Herrn Yimbou, ob er seinen Antrag aufrechterhalte. Wenn ja, dann beantrage er, die Bereiche „Am Schönenkamp“ und „Am Staatsforst“ mit in den Antrag aufzunehmen.

**Herr Welski** hält einen Sachstandsbericht für sinnvoll. Hierin sollte auch der Anteil des Lkw-Verkehrs auf der A59 genannt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die zuständige Fachverwaltung vor dem Hintergrund der Beschwerden der Anwohner/Innen von Benrath-Ost um Prüfung, ggf. durch Lärmmessung, ob ein Handlungsbedarf für Lärminderungsmaßnahmen durch bauliche Vorkehrungen (Lärmschutzwand, ge-**

**räuscharme Fahrbahndecke) oder Geschwindigkeitsbegrenzung besteht. In die Prüfung sollen auch die Bereiche „Am Schönenkamp“ und „Am Staatsforst“ einbezogen werden.**

- 16 Antrag: Beleuchtung am Zugang zur Haltestelle Paulsmühlenstr.  
- Herr Welski, Bü90/Die Grünen -  
179/ 7/2013**

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, im Zuge der Erneuerung der Straßenlaternen auf der Paulsmühlen- und Balckestraße darauf hinzuwirken, dass der Übergang von der Balckestr. zur Bushaltestelle „Paulsmühlenstr.“ ausreichend beleuchtet wird. Für den Fall, dass die Alt-Düsseldorfer Leuchten vor dem Bunker erhalten bleiben, ist die Installation einer Laterne auf der Südseite der Paulsmühlenstr., rechte Seite, zu prüfen.**

- 17 Antrag: Fahrbahnmarkierungen Werstener Kreuz  
- Herr Blumenrath, Herr Ringleb; CDU -  
179/ 12/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 bittet den zuständigen Ausschuss für Ordnung und Verkehr zu prüfen, welche geeignete Maßnahme umgesetzt werden kann, damit vermehrt aufkommende, unnötige Rückstaus wegen verbotswidrigen Einfahrens in einen bereits versperrten Kreuzungsbereich verhindern können (denkbar z.B. Abschraffierung mit Schriftzug „KREUZUNG FREIHALTEN – HALTEN VERBOTEN“) – hier speziell am „Werstener Kreuz“.**

- 18 Antrag: Kölner Landstraße - Durchfahrtsverbot für Lkw über 7,5 t  
- Herr Blumenrath, Herr Ringleb; CDU -  
179/ 13/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die zuständige Fachverwaltung zu prüfen, ob**

**eine Durchfahrtssperre für Lastkraftwagen mit mehr als 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht (ausgenommen Zulieferverkehr) im Bereich der Kölner Landstraße ab Werstener Kreuz in Richtung Süden (Holthausen, Benrath) durch entsprechende Beschilderung umgesetzt werden kann.**

**Herr Fischer** fordert auch für die Benrather Schlossallee ein Durchfahrtsverbot für Lkw über 7,5 Tonnen. Darüber hinaus sollte die Polizei verstärkt die Weststraße, die Marbacher Str. und die Benrodestraße überwachen, da diese Straßen verbotswidrig von Lkw durchfahren werden und sich diese auch häufig in den engen Straßen festfahren.

**19 Antrag: Kreuzung Münchener Str. / Ickerswarder Str.  
- Herr Blumenrath / Herr Ringleb; CDU -  
179/ 14/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:**

- 1. Werden im Bereich der Kreuzung Münchener Straße, Ecke Ickerswarder Straße weitere Optimierungen der Ampelphasen geplant / durchgeführt?**
- 2. Sind Erweiterungsmaßnahmen im Bereich der Ickerswarder Straße aus Wersten kommend geplant?**

**20 Antrag: Aufstellung eines Pissoirs in Holthausen zur kostenlosen Nutzung  
- Herr Reichert, FW -  
179/ 23/2013**

**Herr Retza** verweist auf die mit der Errichtung eines Pissoirs verbundenen hohen Kosten, insbesondere die des Kanalanschlusses.

**Herr Hampe** sieht insbesondere bei einer kostenlosen Nutzung Konflikte mit dem mit der Firma Wall bestehenden Vertrag.

Darüber hinaus mache ein Pissoir nur dann Sinn, wenn es in der Nähe der Haltestellen stünde.

Hier gebe es jedoch zu wenig Platz, da sich dort bereits die Wall-Toilette sowie Wertstoffcontainer befinden würden. Ein Standort im Bereich des Kinderspielfeldes komme auch nicht in Frage.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen (2 Bü90/Die Grünen, 1 Die Linke, 1 FW)  
15 Nein-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 FDP)

Wortlaut des abgelehnten Antrags:

Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob ein Pissoir (wie mehrfach in der Altstadt vorhanden) am Kamper Acker in Holthausen zur kostenlosen Nutzung aufgestellt werden kann.

**21 Antrag: Verfügungsmittel Selma Lagerlöf Schule; Zirkusprojekt  
- interfraktionell -  
179/ 1/2013**

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Selma Lagerlöf Schule aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 1.000,00 € zweckgebunden für eine Zirkusprojektwoche im April 2013.**

**22 Antrag: Verfügungsmittel Förderkreis der Henri-Dunant-Gemeinschaftsgrundschule e.V., "Die große Nein-Tonne"  
- interfraktionell -  
179/ 3/2013**

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Förderkreis der Henri-Dunant-Gemeinschaftsgrundschule e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für die Aufführung „Die große Nein-Tonne“ ca. im März Jahre 2013.**

**23 Antrag: Verfügungsmittel Katholische Kirchengemeinde St. Antonius und Elisabeth Düsseldorf-Hassels/Reisholz, Aufführung des Oratoriums "Elias" am 16.11.2013  
- interfraktionell -  
179/ 2/2013**

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Katholischen Kirchengemeinde St. Antonius und Elisabeth Düsseldorf-Hassels/Reisholz aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 1.000,00 € zweckgebunden für die geplante Aufführung des Oratoriums „Elias“ am**

**16.11.2013.**

- 24 Antrag: Verfügungsmittel Heimatgemeinschaft Groß-Benrath e.V; Sanierung des Textsteins  
- interfraktionell -  
179/ 5/2013**

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Heimatgemeinschaft Groß-Benrath e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 400,00 Euro zweckgebunden für die geplante Sanierung des Textsteins.**

- 25 Antrag: Verfügungsmittel Geranien Rathaus Benrath 2013  
- interfraktionell -  
179/ 8/2013**

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 beschließt, aus dem Produktsachkonto 011 111 140 – 5499009 – Betreuung der Bezirksvertretungen – einen Betrag von 792,50 € für die Dekorierung der Eingangsfront des Benrathener Rathauses im Geranien bereit zu stellen.**

- 26 Antrag: Verfügungsmittel Repräsentation 2013  
- interfraktionell -  
179/ 9/2013**

18 Ja-Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke, 1 FW)  
1 Enthaltung (CDU)

**Die Bezirksvertretung 9 beschließt, von den für den Stadtbezirk 9 bereit stehenden Verfügungsmitteln einen Teilbetrag für folgenden Verwendungszweck festzulegen:**

<b>Repräsentation (Empfänge, Jubiläen, Ehrungen etc.)</b>	<b>1.300,00 €</b>
---	-------------------

- 27 Antrag: Verfügungsmittel Neue Düsseldorfer Hofmusik;  
4. Internationale Sommerakademie  
- interfraktionell -**

**179/ 11/2013**

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der „Neue Düsseldorfer Hofmusik“ aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 1.100,00 € zweckgebunden zur Ausrichtung der 4. Internationalen Sommerakademie für Alte Musik auf Schloss Benrath vom 22.07.-27.07.2013 (hier: Honorar für Dozent Traversflöte).**

**28 Antrag: Verfügungsmittel Michael Pape; Kneipentour  
- interfraktionell -  
179/ 19/2013**

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt Herrn Michael Pape aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 500,-- € zweckgebunden zur Ausrichtung der Benrather Kneipentour am 23.03.2013.**

**29 Antrag: Verfügungsmittel LZSA Leistungszentrum Sportakrobatik Düsseldorf e.V.; Trampolin  
- interfraktionell -  
179/ 20/2013**

18 Ja-Stimmen (9 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Die Linke)  
1 Enthaltung (FW)

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Leistungszentrum Sportakrobatik Düsseldorf aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss, als Festbetrag, in Höhe von 1.000,-- € zweckgebunden für die Anschaffung eines Trampolins.**

**30 Bauvoranfrage Am Wald 113,115,117,119, Hoxbachstr. 22,24,26,28, Forststr. 77,79,81 - Errichtung von 7 Mehrfamilienhäusern mit 2 Tiefgaragen und einer 3-gruppigen Kindertagesstätte  
179/ 25/2013**

**Herr Pfaff** stellt das Bauvorhaben mithilfe von Plänen vor. Er führt u.a. aus, dass aufgrund des durchgeführten Wettbewerbs entsprechende Maßnahmen zum passiven Lärmschutz erfolgen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 beschließt die Erteilung des Vorbescheides einschließlich der Erteilung der Befreiung von der Baulinie.**

**Ende der öffentlichen Sitzung: 19:00 Uhr**

**Heinz-Leo Schuth**

Bezirksvorsteher

**Wolfgang Retza**

Bezirksvertreter

**Wolfgang Mehner**

Leiter Bezirksverwaltungsstelle 9

**Wolfgang Wirtz**

Schriftführung